

N i e d e r s c h r i f t

**der 36. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 15.01.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Michael Zeidler	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE
Herr Thomas Wunsch	SKE
Herr Christian Anton	SKE
Herr Udo Nistripke	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Hubert Leuschner	SKE
Frau Christa Wilde	SKE

Verwaltung:

Herr Dr. Bernd Wiegand
Herr Hans-Joachim Ulrich (Dez. III)
Herr Carsten Bettzüge (Dez. III)
Frau Regina Fehse (Amt 31)
Herr Johannemann (Amt 31) i. V. für Frau Uta Balleyer
Herr Dr. Ernst Müllers (Amt 32)
Frau Rita Lachky (Amt 33)

Gäste:

Herr Dr. Thomas Katterle (Amt 31)
Herr Prof. Frühauf (MLU)

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
- 2.1 Aufnahme des TOP 5.1 Änderung des Haushaltsentwurfs 2009
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.12.2008
4. Mitteilungen
- 4.1. Umweltqualitätsziele (Unterlagen bitte mitbringen!)
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
Vorlage: IV/2008/07577
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Prüfung der
Folgen des Klimawandels für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06894
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Schiller**, eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Auf Wunsch des **Herrn Prof. Frühauf** wird der Tagesordnungspunkt 6.1 auf Punkt 3.1 verschoben. **Herr Misch** beantragt, den Tagesordnungspunkt 6.1 auf einen späteren Termin zu verschieben, da **Herr Wehrich** als Einbringer des Antrages nicht anwesend ist. **Herr Schiller** ist der Auffassung, dass der Tagesordnungspunkt 6.1 dennoch vorgetragen wird, da **Herr Wehrich** seine Zustimmung gegeben hat. **Frau Wolff** beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 6.1 behandelt werden soll, da bei einer Absetzung dieses Tagesordnungspunktes die Effektivität der Ausschusssitzung nicht gewährleistet ist. **Herr Misch** beantragt, den Tagesordnungspunkt 6.1 auf die nächste Sitzung zu verlagern.

Herr Schiller beendet die Debatte und bittet um Abstimmung.

Zu dem Antrag, dass der Tagesordnungspunkt 6.1. verlegt wird, stimmen

dafür: 3
dagegen: 4.

Somit verbleibt der Tagesordnungspunkt 6.1. Bestandteil der vorgesehenen Tagesordnung.

zu 2.1 Änderung der Tagesordnung

Protokoll:

Frau Wolff beantragt, die Änderung zum Haushaltsentwurfs 2009 bezüglich der Erhöhung des Erfrischungsgeldes in die Tagesordnung aufzunehmen. **Herr Schiller** bittet um Abstimmung, dass die Problematik der Änderung zum Haushaltsentwurfs 2009 als Tagesordnungspunkt 5.1 der Tagesordnung beigefügt wird. Diesem Antrag stimmten

dafür: 8
dagegen: 0.

Somit wurde der Antrag – **einstimmig** – angenommen.

Herr Schiller bittet daraufhin um Abstimmung über die nunmehr festgelegte Tagesordnung. Die geänderte Tagesordnung wurde – **einstimmig** – beschlossen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.12.2008

Protokoll:

Herr Schiller bittet um Genehmigung der Niederschrift.
Dem Antrag auf Genehmigung stimmten

dafür: 5
Enthaltungen: 1

Somit wurde der Antrag – **mehrheitlich** – angenommen

Zu 6.1 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Folgen des Klimawandels für die Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2007/06894

Protokoll:

Herr Schiller bittet nunmehr Herrn **Prof. Frühauf** um seine Ausführungen. **Herr Misch** fragt jedoch an, ob nicht zuerst Anfragen gestellt werden sollten, die durch **Herrn Prof. Frühauf** beantwortet werden.

Herr Schiller bittet zunächst um Abstimmung über die Erteilung des Rederechtes für **Herrn Dr. Katterle** und **Herrn Prof. Frühauf**.

Das Rederecht für **Herrn Dr. Katterle** und **Herrn Prof. Frühauf** wurde

– **einstimmig** –

erteilt.

Herr Dr. Katterle weist in einem kurzen Ausblick auf den am 08. Mai 2009 stattfindenden Workshop hin und verweist im Übrigen auf die vorliegenden ausführlichen Unterlagen und deren Ergebnisse. Für Anfragen steht **Herr Dr. Katterle** gern zur Verfügung.

Herr Schiller bittet um Anfragen der Ausschussmitglieder.

Herr Kupke fragte an, ob es sich hier um eine Zuarbeit der Verwaltung handelt?

Herr Dr. Katterle erklärte, dass es sich lediglich um eine Ausarbeitung handelt.

Fr. Wolff findet die von einem Diplomanden vorgestellten Ergebnisse gut. **Herr Dr. Rürup** meint, dass das vorgelegte Grundlagenpapier nur ein erster Schritt sein kann, da ständig Fortschreibungen erfolgen müssen. **Herr Dr. Katterle** erläutert dazu, dass es sich hierbei um Unterlagen vom Monat Dezember handelt, die nur vorläufiger Art sind. **Herr Dr. Wiegand** legt dar, dass selbstverständlich Fortschreibungen erfolgen. Der Arbeitsauftrag der Verwaltung ist mit den eingearbeiteten Ergänzungen (an sich jedenfalls erfüllt). **Frau Wolff**

weist darauf hin, dass den Zwischenbericht alle Ausschussmitglieder bekommen haben, Prof. Frühauf sollte hier im Ausschuss jedenfalls eventuelle Ergänzungen vortragen. **Herr Schiller** bittet um weitere Anfragen. Dies war nicht der Fall.

Herr Dr. Katterle ergänzt insoweit, dass bei Vorliegen inhaltlicher Fragen **Herr Prof. Frühauf** zur Verfügung steht.

Herr Schiller entließ Herrn Dr. Katterle und Herrn Prof. Frühauf.

Frau Krischok weist darauf hin, dass sie keine Fragen zu Ordnungswidrigkeiten gestellt hat; das war **Frau Schlüter-Gerboth**.

zu 4 Mitteilungen

Zu 4.1. Umweltqualitätsziele

Protokoll:

Herr Dr. Katterle legt dar, dass es seinerzeit ein Antrag der Stadt war, welcher sich sehr in die Länge gezogen hat. Die Verwaltung hat sich so positioniert, dass alles in einem Punkt zusammen gefasst wird. **Herr Dr. Rürup** verweist nochmals darauf, dass es sich hier um einen laufenden Prozess handelt. Es kann nur ein gegenwärtiger Arbeitspunkt sein, welcher ständig fortgeschrieben werden muss. **Frau Schlüter-Gerboth** stellt fest, dass das große Paket doch bereits Anfang 2008 kommen sollte, nunmehr befinden wir uns im Jahr 2009. **Herr Dr. Rürup** weist darauf hin, dass die Umweltqualitätsziele bereits Gegenstand der Vorlage waren. **Frau Schlüter-Gerboth** fragt, ob **Herr Dr. Katterle** vielleicht jetzt sagen kann, wann das Paket geschnürt ist. **Herr Dr. Katterle** antwortet darauf, dass das auch heute noch nicht zu sagen ist. **Frau Krischok** freut sich darüber, dass jetzt erst einmal etwas zu Papier gebracht wurde und bedankt sich dafür. Für **Herrn Misch** stellt sich die Frage, was sich daraus für unser praktisches Handeln ableitet. Wenn es im vergangenen Jahr darum ging eine Müllsortierungsanlage zu bauen, so stellt sich heute die Frage, was leitet sich daraus für unser heutiges Tun ab. **Herr Dr. Wiegand** gibt aber zu bedenken, dass es sich hier um eine doppelte Spekulation handelt. Ein derartiger doppelter Schritt hin zu Spekulationen ist nicht hilfreich, vielmehr sollten die ersten Ziele einmal umgesetzt werden. **Herr Dr. Katterle** macht darauf aufmerksam, dass im Laufe der Jahre eine Konkretisierung erforderlich wird, zunächst müssen aber erst Messgrößen gefunden werden. **Frau Schlüter-Gerboth** bemerkt, dass der Anteil der versiegelten Flächen zugunsten von Biotopflächen verändert werden müssen und denkt dabei beispielhaft an den Tulpenbrunnen. Dies sollte bei zukünftigen Planungen berücksichtigt werden. **Herr Dr. Katterle** erinnert daran, dass es sich bei den Umweltqualitätszielen um eine Selbstverpflichtung der Verwaltung handelt, wenn man sich diese zu Eigen macht. **Herr Dr. Rürup** weist darauf hin, dass das Umweltamt Zustimmung zu geben hat. Es ergibt sich jedoch die Frage, wer Zustimmung gegeben hat oder ist dies ohne Zustimmung erfolgt.

Herr Schiller bedankt sich und bittet um Anregungen zur Thematik.

Sind wir uns denn in den Zielen einig, oder ist das nur ein schöner Wunsch, fragt **Herr Dr. Fikentscher**. Diese Frage soll erst einmal geklärt werden. **Herr Dr. Katterle** legt dar, dass noch weitere Ausschüsse beteiligt werden müssen. **Herr Dr. Fikentscher** stellt wiederum die Frage, ob das gewollt ist und wer das beschließt. **Herr Schiller** weist darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um eine Informationsvorlage handelt. **Herr Misch** sieht einen Widerspruch darin, dass der Bund Milliarden-Kredite für die Autoindustrie ausgibt und die Stadt will weniger Individualverkehr haben. Ebenso werden Lärmschutzwände errichtet und Straßenbeläge aufgetragen die Lärm vermindern sollen. **Herr Dr. Katterle** erläutert, dass es

um das Ziel geht, den existierenden Zustand zu erhalten. **Herr Dr. Wiegand** weist nochmals darauf hin, dass in der heutigen Ausschusssitzung zunächst um eine reine Information geht. **Herr Kupke** fragt, wann wir denn nun den Verbrauch von Trinkwasser erhöhen, da es nicht vernünftig ist, wenig Wasser zu verbrauchen. **Herr Misch** sieht ein Problem mit dem Beschluss von Umweltqualitätszielen, es kann hier lediglich um eine Handlungsempfehlung gehen. **Herr Dr. Wiegand** stimmt Herrn Misch zu und ist ebenfalls der Auffassung, dass es sich hier nur um eine Handlungsempfehlung handelt, die in die Ermessensausübung der Verwaltung einfließt. **Frau Wolff** ist der Auffassung, wenn die Ziele beschlossen würden, hätten wir ganz andere Möglichkeiten, dass auch die Maßnahmen im Haushalt beschlossen würden. Im Übrigen liegt ein Zwischenbericht bezüglich des Inhaltes Qualitätsziele vor. Dabei geht es u.a. um eine verkehrsarme Innenstadt. Es sollte keine Vermischung zwischen Bundes- und Kommunalpolitischen Zielsetzungen erfolgen. **Herr Misch** entgegnet darauf, dass wir nicht in der Lage sein werden, das bezahlen zu können. **Herr Nistripke** gab zu bedenken, dass wenn schon Ziele erarbeitet werden, diese auch umsetzungsfähig sein müssen. **Herr Dr. Rürup** geht davon aus, dass es sich um eine Handlungsempfehlung handelt, die in einem Beschluss münden könnte. **Herr Dr. Fikentscher** stellt die Frage, was wir denn nun mit dem vorliegenden Papier machen. Als Ziel könnte man dies beschließen. **Frau Wolff** meint dazu, dass es Am Rat liegt, entsprechende Ziele zu definieren. **Herr Schiller** befragt die Ausschusssmitglieder, ob es weitere Anfragen bezüglich der Umweltqualitätsziele gibt. Dies war nicht der Fall.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007 Vorlage: IV/2008/07577 Änderung des Haushaltsentwurfs 2009**

Protokoll:

Frau Lachky weist zunächst auf Änderungen mehrerer gesetzlicher Grundlagen im Personenstands- und Ausländerwesen hin. Dies hat Veränderungen mit positiver Wirkung in den Haushaltspositionen zur Folge, da hier Gebührenerhöhungen stattfinden können. Darüber hinaus tritt durch die Änderung der Wahlordnung eine Erhöhung des zu zahlenden Erfrischungsgeldes ein. Trotz staatlicher Zuschüsse von Bund und Land erhöhen sich die Ausgaben aus dem Haushalt, diese sind jedoch erstattungsfähig. Auf Grund dieser staatlichen Vorgabe ist ein Änderungsantrag erforderlich.

Herr Schiller bittet um Abstimmung, welche

– einstimmig –

erfolgte.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Herr Schiller stellt fest, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Protokoll:

Frau Schlüter-Gerboth bittet um Auskunft, wie bei Winterdienstmaßnahmen durchgesetzt wird, dass kein Salz verwendet wird. Insbesondere bittet Sie um Auskunft, ob sich die Stadt bzw. ZGM selbst an das Streuverbot hält. Herr Dr. Wiegand sichert eine Beantwortung unter Einbeziehung der Hausmeister von Schulen bzw. des ZGM für die nächste Ausschusssitzung zu. Frau Wolff fragt, welche Konsequenzen es nach sich zieht, wenn Personen auf gefrorenen Seen Schlittschuhlaufen, da ja hierbei Ordnungswidrigkeiten begangen werden. Herr Dr. Wiegand verweist auf § 7 der städtischen Gefahrenabwehrverordnung, wonach das Betreten oder Befahren von Eisflächen, die sich auf Gewässern gebildet haben, verboten ist. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Gefahrenabwehr bereits mehrfach in der Presse darauf hingewiesen. Herr Schiller bittet um weitere Anfragen.

Herr Dr. Rürup bitte um Mitteilung zum Sachstand bezüglich der Abfalltrennungsanlagen. Weiter bittet er um Mitteilung, ob es hier neue Anregungen und Informationen gibt.

Herr Zeidler stellte die Frage nach der Rentabilität der Abfalltrennungsanlagen.

Herr Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zum nächsten Ausschuss zu.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Anregungen gab es nicht.

Da keine weiteren Anfragen gestellt wurden beendet Herr Schiller den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet zur Fortsetzung des nichtöffentlichen Teiles die anwesenden Gäste zum Verlassen des kleinen Saales auf.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.02.09

Hans-Jürgen Schiller
stellv. Ausschussvorsitzender

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Hans-Joachim Ulrich
Protokollführer